BLÄTTER
DER FREIEN
VOLKSBÜHNE
BERLIN

FREIE VOLKS BÜHNE

NR. 5
5. JAHRGANG
25. APRIL 1952

Presse-Polemiken gegen die Freie Volksbühne

Der Fall „Perspektiven"

Es widerstrebt ein wenig, noch einmal auf Pressepolemiken gegen die Freie Volksbühne zurückzukommen, die nun schon sechs oder acht Wochen zurückliegen. Aber da sie doch etlichen Staub aufwirbelten, kann das Blatt der angegriffenen Organisation sie nicht ganz unbeachtet lassen. Und da dieses Heft das erste ist, das nach ihrem Austrag erscheint, so bleibt nichts anderes übrig, als noch einmal Stellung zu nehmen.

Den Ausgangspunkt jener Polemiken bildete der Beschluß des Vorstandes, die Aufführungen des Tettenbornschen Stückes „Perspektiven" in der Tribüne nicht als „Pflichtvorstellungen" mit Mitgliedern zu beschicken.*) Der Beschluß erfolgte aus der Befürchtung heraus, daß der Besuch der Aufführung, besonders bei den Ostmitgliedern der Freien Volksbühne, den Glauben an die Zuverlässigkeit der westlichen Aufklärungsarbeit über die ostzonalen Mißstände erschüttern und zugleich die Sowjetpropaganda gegen den Westen erleichtern könnte. Das Stück schildert eine völlige Unterdrückung jeder kirchlichen Betätigung und eine rücksichtslose Verfolgung all derer, die sich zum Christentum bekennen. Ausübung des geistlichen Amtes wird mit dem Tode bedroht. Die Inszenierung der Tribüne zeigte aber als Schauplatz dieses Terrors gegen die Kirche eindeutig und unverkennbar die heutige Ostzone, während sich doch tatsächlich die dortigen Machthaber (wenn auch vielleicht nur aus taktischen Gründen) bisher gehütet haben, einen Ausrottungsfeldzug gegen Kirche und Christentum zu unternehmen. Lassen sie es doch sogar zu, daß der Westberliner Kirchenchef, Bischof Dr. Dibelius, des öfteren in der Ostberliner Marienkirche predigt. Mit anderen Worten: Die Inszenierung der Tribüne zeigte und zeigt eine Schilderung ostzonaler Zustände, wie sie in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Kann, ja muß dergleichen nicht verwirrend wirken? Wird den östlichen Machthabern damit nicht ein billiger Vorwand geboten, die westlichen Darstellungen der trostlosen Verhältnisse jenseits des Eisernen Vorhanges allgemein als unglaubwürdig abzutun?!

Gewiß kann man in dem Titel des Stückes einen Hinweis darauf sehen, daß der Autor nicht die heutigen Zustände meint, sondern die einer späteren, erst vorausgeahnten Zeit. Und richtig ist auch, daß auf den für die Vorstellung verkauften Programmzetteln in kleiner Schrift eine entsprechende Anmerkung zu finden war. Aber das schien dem Vorstand der Freien Volksbühne kein ausreichendes

---

*) Ausdrücklich sei betont, daß mit diesem Beschluß keineswegs den Mitgliedern die Möglichkeit zum Besuch der „Perspektiven" genommen wurde. Von vornherein erhielt die Geschäftsstelle Anweisung, Gastkarten für eine Teilnahme an den öffentlichen Vorstellungen bereitzuhalten. In der Folge wurde diese Anordnung noch dahin erweitert, daß die Gastkarten ohne den üblichen Zuschlag zum Vorstellungsbeitrag abzugeben seien. Außerdem wurde beschlossen, daß jedes Mitglied berechtigt sein solle, sich seine Pflichtvorstellung in einem anderen Theater auf die Tribüne umschreiben zu lassen. Festzustellen ist auch, daß die Tribüne durch den Beschluß des Vorstandes nicht etwa wirtschaftlich geschädigt wurde: Wenn die Freie Volksbühne nicht die Vorstellungen der „Perspektiven" beschickte, so nahm sie dafür die vorgesehene und zu Beginn der Spielzeit vereinbarte Zahl von Plätzen in den anderen Aufführungen des Theaters ab. Die Tribüne erhielt also von der Freien Volksbühne und aus den Zuschußmitteln des Volksbühnenfonds nicht einen Pfennig weniger als ursprünglich vorgesehen.

Gegengewicht gegen die handgreifliche Darstellung auf der Bühne und die eingeblendeten Filme mit den marschierenden und singenden Vopo-Kolonnen.

Hinzu trat die Erwägung, daß die Aufführung dieses antisowjetischen Stückes ostzonale Stellen veranlassen könnte, Spitzel in die Vorstellungen zu entsenden, und daß sich aus der Denunziation durch diese Spitzel für ostsektorale Mitglieder ernste Gefahren ergeben könnten. Solchen Bedenken gegenüber mußte die Anerkennung des guten Willens des Autors, mit seinem Stück ein politisches Zeitproblem auf die Bühne zu bringen und den Kampf gegen den Terror zu unterstützen, in den Hintergrund treten.

Selbstverständlich wurde der Grund für den Vorstandsbeschluß gleichzeitig mit diesem der Direktion der Tribüne mitgeteilt. Und die Mitglieder der Freien Volksbühne wurden von ihm in einer Notiz unter der Rubrik „Antworten" im letzten Heft dieser Blätter, die jeder nachlesen mag, in Kenntnis gesetzt. Kaum aber war das Heft in Druck gegangen, so tauchte in der Tagespresse die Behauptung auf, der Vorstand habe sich mit seinem Beschluß gegen die christliche Grundhaltung des Stückes gewandt. Wie töricht diese Unterstellung ist, läßt sich wohl deutlich genug an zwei Tatsachen erweisen: Der Beschluß des Vorstandes wurde einstimmig gefaßt, unter Zustimmung auch eines Angehörigen der evangelischen Provinzialsynode und auf Grund auch der Befürwortung durch ein prominentes Mitglied der CDU. Außerdem hatte der Vorstand nie Bedenken, die Mitglieder in andere Stücke zu entsenden, denen man eine christliche Grundtendenz nicht absprechen wird; genannt seien etwa: „Mord im Dom", „Gericht bei Nacht", „Im Zeichen des Jona", „Die erste Legion", „Das heilige Experiment" usw.

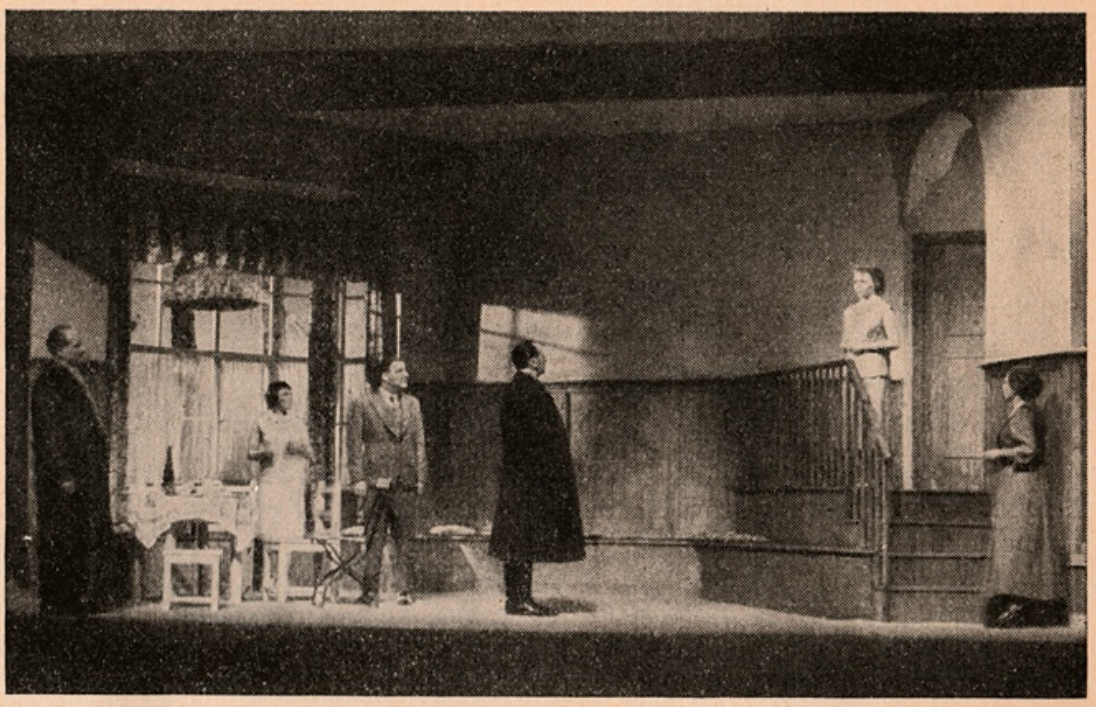
Erst als der Kultursenator Professor Dr. Tiburtius, der sich ausdrücklich als Gegner des Vorstandsbeschlusses bekannte, eine öffentliche Erklärung abgab, daß er sich als Teilnehmer an einer Verwaltungsratssitzung der Freien Volksbühne von dem Fehlen jeder antichristlichen Tendenz bei der Beschlußfassung des Vorstandes überzeugt habe, verstummten die Angriffe auf die Freie Volksbühne. Oder doch wenigstens diejenigen, die sich auf die angebliche Kirchenfeindlichkeit des Vorstandes gestützt hatten.

Denn inzwischen waren in einem Teil der Presse, so besonders im „Tagesspiegel" und im „Kurier", noch alle möglichen weiteren Vorwürfe gegen die Freie Volksbühne erhoben worden. Sie sollte den Theatern die zahlungsfähigen Kassenkäufer wegfangen, die Mittel der Steuerzahler mißbräuchlich verwenden, mit der Unterhaltung eines eigenen Theaters auf einen Abweg geraten sein, über die anderen Westberliner Theater eine unerträgliche Diktatur ausüben, aber auch die eigenen Mitglieder terrorisieren, sich in die Preispolitik der Theater einmischen, die junge Dramatik in ihrer Entwicklung hemmen, als Besucherorganisation ein gefährliches Monopol beanspruchen, und was dergleichen mehr war. Man verlangte, daß die Theater zur Abwehr des „Volksbühnenmonopols" Abonnements einrichteten und daß neben der Freien Volksbühne noch eine andere Besucherorganisation geschaffen würde.

Zwar gab es auch Zeitungen, die auf die Seite der Freien Volksbühne traten, wie vor allem der „Telegraf". Ferner ist anzuerkennen, daß der „Kurier" eine Entgegnung des Vorsitzenden der Freien Volksbühne ungekürzt brachte, während

---

Das Titelbild zeigt Wolfgang Kieling als Herbert Engelmann und Brigitte Ratz als Christa in der „Herbert Engelmann"-Aufführung des Theaters am Kurfürstendamm. *Aufnahme: Foto-Croner*



THEATER AM KURFÜRSTENDAMM: „Herbert Engelmann" Aufnahme: Ilse Buhs
Von links nach rechts: Gert Keller als Major Kohlrausch, Ilse Petri als Evelyn, Walter Gross als Werner Goldstein, Erich Fiedler als Major Riedel, Brigitte Ratz als Christa und Käthe Haack als Frau Kurnick

der „Tagesspiegel" aus einer längeren Erwiderung nur einige Absätze abdruckte. Im ganzen zeigte sich aber doch erschreckend wieder wie schon bei früheren Gelegenheiten, daß bei der Mehrzahl der Zeitungen eine auf tatsächlicher Unkenntnis der Verhältnisse beruhende Voreingenommenheit gegen die Freie Volksbühne vorhanden war.

Der Vorstand der Freien Volksbühne suchte ihr zu begegnen, indem er eine Pressekonferenz berief und in ihr eine ebenso eingehende wie rückhaltlose Darstellung vom Stand der Organisation, ihrer Zielsetzung und ihrer praktischen Wirksamkeit gab. Anschließend bat er um Fragen und den Vortrag verbliebener Bedenken, um darauf antworten zu können. Dies geschah so ausgiebig, daß wirklich wenig von den Einwendungen übrig blieb, die irgendwo und irgendwann vorgebracht worden waren. Und doch muß sich die Frage aufdrängen, ob mit dieser Diskussion das Mißtrauen, ja, die Feindseligkeit gewisser Blätter gegen die Existenz und die Leistungen der Freien Volksbühne beseitigt werden konnte. Das Echo der Pressekonferenz war jedenfalls nicht sehr ermutigend. Meist beschränkten sich die Zeitungen auf ganz kurze und nichtssagende Berichte. Und wenn in einem namhaften Blatt (der „Neuen Zeitung") die Pressekonferenz als eine „Beichte" des Volksbühnenvorstandes abgetan wurde, so darf man wohl sagen, daß damit der ehrliche Versuch einer Aufklärung in wenig schöner Weise herabgesetzt wurde.

Den Ausführungen des Vorstandssprechers auf der Pressekonferenz lag ein vervielfältigtes Exposé zugrunde, das allen Teilnehmern ausgehändigt wurde. Mit einigen Kürzungen soll es hier noch einmal abgedruckt werden. Denn es gibt auch jedem Mitglied der Freien Volksbühne die Möglichkeit, an Hand einwandfreier Tatsachen nachzuprüfen, was an den von gewissen Zeitungen erhobe-

nen Vorwürfen dran ist. Der Vorstand der Freien Volksbühne kann nur bitten, daß jeder Empfänger dieser Zeitschrift das Exposé liest. Es ist sicher, daß die Mitglieder dann nur um so überzeugter zu ihrer Organisation halten und alles tun werden, um ihr weiteres Wachstum und innere Stärkung zu sichern.

Herr Karsch noch einmal auf dem Plan

Der „Tagesspiegel" hielt es für notwendig, in seiner Osternummer erneut (unter dem Titel „Subventionierung der Wohlhabenheit?") gegen die Freie Volksbühne vom Leder zu ziehen.

Den stärksten Unwillen des Herrn Walther Karsch erregt es, daß die Freie Volksbühne — angeblich! — auch viele Tausende von Mitgliedern hat, die weit mehr als 2.10 oder 2.60 DM für einen Theaterbesuch bezahlen könnten und die gleichwohl die aus dem „Volksbühnenfonds" fließenden Platzpreis-Differenzzuschüsse in Anspruch nehmen. Die Berechnungen des Herrn Karsch sind aber recht anfechtbar. Er unterstellt, daß von den durch die Freie Volksbühne erfaßten Angestellten, Beamten, Pensionären und Hausfrauen wenigstens zwei Drittel sehr wohl in der Lage wären, sich ihre Theaterkarten zum vollen Kassenpreis zu kaufen. Das kann doch aber nur jemand behaupten, der von den tatsächlichen Einkommensverhältnissen der meisten Gehaltsempfänger keine Ahnung hat. Ja, wenn es sich um zwei, drei Theaterbesuche in der Spielzeit handelte! Und wenn der Besucher nicht in der Regel noch für eine Begleitperson mitzubezahlen hätte! Die Freie Volksbühne führt ihre Mitglieder aber bekanntlich 11- bis 12mal jährlich in eine Vorstellung!

Doch angenommen selbst, Herr Karsch hätte recht, d. h. die nach seiner Meinung nicht in die Freie Volksbühne gehörenden 25 000 oder 30 000 Menschen hätten genügend Geld, um jeden Monat ein oder zwei mittlere Theaterplätze für 5,— oder 6,— DM erwerben zu können: Wieviele von ihnen würden das wirklich tun? Herr Karsch kann sicher sein, daß sich noch keine 20 bis 30 Prozent dazu entschließen würden. Das heißt dann aber: die Theater hätten zwar keine höheren Einnahmen, aber sie würden in ganz anderem Umfange als heute vor leeren Häusern spielen!

Ueberdies entgeht es Herrn Karsch, daß unter den 63 000 Mitgliedern der Freien Volksbühne mehr als 18 000 Ostbewohner sind, von denen die Theater dank der Freien Volksbühne genau so wie von den Besuchern aus dem Westen den vollen Kassenpreis in Westmark erhalten. Schon diese eine Tatsache wirft alle seine Kalkulationen über den Haufen.

Und dann noch eine Frage: Weiß Herr Karsch nicht, daß auch jeder Berliner, der seine Theaterkarte an der Kasse kauft, eine wesentliche Beihilfe aus öffentlichen Mitteln erhält, wenigstens immer dann, wenn er eine städtische Bühne besucht? Oper, Schiller-Theater und Schloßpark-Theater erhalten alljährlich — von den Zuschüssen aus dem Volksbühnenfonds ganz abgesehen — eine städtische Subvention von nahezu 6 Millionen DM. Dazu kommt die mietefreie Überlassung des Opernhauses und des Schiller-Theaters, der Verzicht der Stadt auf Umsatz- und Gewerbesteuer und anderes mehr, so daß in Wirklichkeit eine Subventionierung mit wenigstens 6 500 000.— DM oder mit täglich 21 000.— DM herauskommt. Da die drei Bühnen zusammen über etwa 2800 Plätze verfügen, so entfällt auf jeden (leeren) Platz auch ohne den Volksbühnenfonds bereits ein Zuschuß von fast 8 DM. In Anspruch genommen werden z. Z. im Durchschnitt etwa 65 bis 70 Prozent der Plätze; für jeden Besucher zahlt die Stadt also bereits (immer ohne den Volksbühnenfonds) einen Zuschuß von wenigstens 11.— DM. Würde die Freie Volksbühne keine Mitglieder oder nur eine wesentlich verringerte Zahl von Mitgliedern entsenden, so würden mit Sicherheit weniger als 50 Prozent der Plätze ausgewertet werden, d. h. der Zuschuß für jeden Besucher würde auf 14.— bis 16.— DM anwachsen. Die Konsequenzen mag jeder selbst ziehen.

Herr Karsch ist der Meinung, daß die Mitgliederzahl der Freien Volksbühne auf 35 000 bis 40 000 beschränkt werden müßte, und zwar durch Ausschaltung aller Bessersituierten. Der Vorstand der Freien Volksbühne muß schon deshalb eine solche künstliche Begrenzung der Mitgliedschaft ablehnen, weil schließlich der Beitritt zur Freien Volksbühne nicht nur eine Frage der Verbilligung des Theaterbesuchs ist, sondern auch ideelle Gründe haben kann (und erfreulicherweise sogar des öfteren hat!). Aber davon ganz abgesehen: Wie könnte nach Meinung des Herrn Karsch die Grenze gezogen wer-